2 Begleitende Berufsbildung, Fort- und Weiterbildung zur Verbesserung der fachlichen Qualifikation in der Landund Forstwirtschaft (1.1.1)

[Art. 14 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013]

2.1 Ziele

- 1. Verbesserung der land- und forstwirtschaftlichen Qualifikationen durch weiterführende außerschulische Berufsbildung zur erfolgreichen Übernahme und Führung von Betrieben.
- 2. Verbesserung der fachlichen, persönlichen und unternehmerischen Kompetenzen zur Erfüllung der steigenden beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen durch Fort- und Weiterbildung; dies soll zu einer Vertiefung und Erweiterung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten beitragen.

2.2 Förderungsgegenstände

- 2.2.1 Organisation, Bewerbung, Durchführung und Nachbereitung von außerschulischen, begleitenden Berufsbildungsmaßnahmen
- 2.2.2 Erstellung und Ankauf von Unterlagen oder Hilfsmitteln für den Einsatz bei begleitenden Berufsbildungsmaßnahmen unter Einbezug neuer Technologien
- 2.2.3 Koordination und Entwicklung von bundesweiten Vorgaben für einheitliche Standards in den Fachlehrgängen zur begleitenden Berufsbildung (Inhalt und Umfang) und für einheitliche Qualifikationsnachweise (Basis für die Umsetzung von bundesländerübergreifenden Berufsbildungsangeboten)
- 2.2.4 Koordination, Entwicklung und Bewerbung von Fort- und Weiterbildungsangeboten
- 2.2.5 Organisation, Bewerbung, Durchführung und Nachbereitung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- 2.2.6 Erstellung oder Ankauf von Unterlagen oder Hilfsmitteln für den Einsatz bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- 2.2.7 Erstellung von Bedarfs- und Wirkungsstudien für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- 2.2.8 Entwicklung von Bildungsangeboten zur Umsetzung mithilfe elektronischer Medien (z. B. E-Learning-Kurse)

2.3 Förderungswerber

- 2.3.1 Sonstige Förderungswerber gemäß Punkt 1.5.2: Eingetragene Personengesellschaften, juristische Personen und Personenvereinigungen sowie öffentlich rechtliche Bildungseinrichtungen im eigenen Wirkungsbereich, die begleitende Berufsbildung und Fort- und Weiterbildung anbieten und als Bildungsanbieter durch das BMLRT gemäß Punkt 2.4.3 anerkannt sind.
- 2.3.2 Abweichend von Punkt 1.5.3 können eingetragene Personengesellschaften, juristische Personen oder Personenvereinigungen, an denen Gebietskörperschaften beteiligt sind, uneingeschränkt gefördert werden.

2.4 Förderungsvoraussetzungen

- 2.4.1 Lehrgänge oder Praktika, die Teil normaler land- und forstwirtschaftlicher Ausbildungen im Sekundär- und Tertiärbereich sind, sind nicht förderbar.
- 2.4.2 Förderungswerber können nur Anbieter von Bildungsmaßnahmen sein, die als Qualitätsnachweis über ein gültiges Ö-Cert oder ein in der Ö-Cert-Liste angeführtes gültiges Qualitätsmanagementsystem für Erwachsenenbildungsorganisationen verfügen. Ab dem 01.08.2019 muss jedenfalls ein gültiges Ö-Cert vorliegen. Ein gültiges QM-Zertifikat muss für die gesamte Projektlaufzeit vorhanden sein. Läuft das zum Zeitpunkt der Antragstellung vorhandene QM-Zertifikat schon vorher aus, kann die Bewilligende Stelle nur eine bedingte Bewilligung unter der Voraussetzung der rechtzeitigen Vorlage des neuen QM-Zertifikats aussprechen.
- 2.4.3 Die Anbieter verfügen über die Anerkennung des BMLRT als Bildungsanbieter für die Vorhabensart begleitende Berufsbildung und Fort- und Weiterbildung und den beantragten regionalen Wirkungsbereich und den bzw. die inhaltlichen Schwerpunktbereiche des Programms LE 14-20 (Letzteres ist nur für Fort- und Weiterbildung relevant).
- 2.4.4 Die Inhalte der beantragten Bildungsvorhaben müssen mindestens einem der Schwerpunktbereiche, für den der Bildungsanbieter anerkannt wurde, zuordenbar sein.
- 2.4.5 Die Veranstalter verfügen über die erforderlichen personellen Ressourcen in Form von fachlich und methodisch qualifiziertem Personal und die entsprechende räumliche, technische und administrative Ausstattung zur Erfüllung der Aufgaben bzw. können diese bereitstellen.
- 2.4.6 Die Förderung kommt Bewirtschaftern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe gemäß Punkt 1.5.1 sowie anderen in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen zugute. Künftige Hofübernehmer sind auch dann als Begünstigte förderbar, wenn sie zum Zeitpunkt der Absolvierung der Bildungsveranstaltung nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb tätig sind und ihren ordentlichen Wohnsitz nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb haben.
- 2.4.7 Mindestdauer: 5 Unterrichtseinheiten je Bildungsveranstaltung.
- 2.4.8 Wenn in Netzwerken gemäß Punkt 8.2.14.3.12 oder in Clustern gemäß Punkt 8.2.14.3.11 des Programms LE 14-20 akkordierte Strategien für den entsprechenden Bereich festgelegt wurden, sind Förderungsanträge für Bildungsvorhaben dazu vor der Einreichung nachweislich im oder mit dem Netzwerk bzw. im oder mit dem Cluster abzustimmen.

2.5 Auflagen

- 2.5.1 Bei Vorhaben, die über Bundesvorbehalt (das sind bundesländerübergreifende Vorhaben sowie Vorhaben von bundesweiter Relevanz) finanziert werden, ist begleitend vom Förderungswerber eine Steuerungsgruppe unter Einbindung des BMLRT einzurichten. In Abhängigkeit von der Größe und der Laufzeit des Projekts kann die Bewilligende Stelle von dieser Auflage absehen.
- 2.5.2 In den durch das BMLRT anerkannten Arbeitskreisen für betriebszweigbezogene oder gesamtbetriebliche Auswertungen sind bundesweit abgestimmte EDV-Programme für die Erfassung und Auswertung der produktionstechnischen und wirtschaftlichen Daten zu verwenden. Weiters haben die Leiter/innen bzw. Verantwortlichen für die Arbeitskreise in den Bundesländern an der Erstellung von Bundesberichten über Ergebnisse und Konsequenzen der Auswertung unter Bereitstellung der Daten von mindestens 80 Prozent der Mitgliedsbetriebe mitzuwirken, wobei die inhaltlichen und formalen Vorgaben des BMLRT zu berücksichtigen sind. Bei Pilotprojekten und für Neumitglieder im ersten Jahr gilt dieser Prozentsatz nicht.
- 2.5.3 Sofern es für Bildungsprojekte fachlich-inhaltliche Vorgaben des BMLRT gibt (z.B. Leitfäden für Zertifikatslehrgänge), sind diese einzuhalten.
- 2.5.4 Mit der Endabrechnung ist ein Projektabschlussbericht vorzulegen, der eine Darstellung der genehmigten abgerechneten und und Leistungen Kosten, die erforderlichen vorhabensartspezifischen Monitoringdaten sowie eine Evaluierung des Projekts umfasst. Im Evaluierungsteil sind die Evaluierungsergebnisse (z. B. Anzahl der Produkte, Veranstaltungen, Teilnehmer/innen, Leistungen. Kundennutzen bzw. Kundenzufriedenheit),

1

8

4

8

8

1a

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse mit kritischer Beurteilung (Positives, Negatives) sowie Empfehlungen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung und Weiterentwicklung von Zielen, Prozessen und einzelnen Bildungsvorhaben darzustellen.

2.5.5 Wenn für Personen im Rahmen von Vorhaben für begleitende Berufsbildung und Fort- und Weiterbildung Personalkosten verrechnet werden, ist die dafür aufgewendete Arbeitszeit und Tätigkeit projektbezogen zu dokumentieren.

Werden Personalkosten für Personen verrechnet, die in mehreren geförderten Projekten mitarbeiten, ist von diesen die gesamte Arbeitszeit projektbezogen zu dokumentieren.

2.6 Art und Ausmaß der Förderung

- 2.6.1 Die Förderung wird als Zuschuss zu den anrechenbaren Personal-, Sach- und Investitionskosten im folgenden Ausmaß gewährt:
 - 1. 100 % ausschließlich für Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT, die über Bundesvorbehalt finanziert werden. Dazu zählen beispielsweise Bedarfs- und Wirkungsstudien, Pilotprojekte, die Entwicklung und Bewerbung von bundesweiten Bildungsmaßnahmen, Unterlagen für Vortragende und Teilnehmer, Broschüren und EDV-Anwendungen für E-Learning und Betriebszweigauswertungen mit Kennzahlenvergleichen zwischen den Betrieben und auf Bundesebene im Rahmen der vom BMLRT anerkannten Arbeitskreise.
 - 2. 80 % für Vorhaben zur Umsetzung von bundesweiten vom BMLRT festgelegten Themen und bundesweiten Bildungskampagnen bzw. Bildungsinitiativen (z. B. Arbeitskreise mit Betriebszweigauswertungen und Stärken/Schwächen-Analysen zur Betriebsleiter/innen-Qualifizierung, Mein Betrieb Meine Zukunft, Zertifikatslehrgänge)
 - 3. 50 % für begleitende Berufsbildungs- und alle sonstigen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- 2.6.2 Gemeinkosten des Anbieters können ausschließlich mit einem Pauschalsatz von 10 % der verrechneten Personalkosten gefördert werden (personalkostenbezogene Sachkostenpauschale).

Investitionen für Büroinfrastruktur und Kosten für Sachaufwand im Bereich Büroinfrastruktur wie EDV, Telefon, Miete, Heizung, Wasser, Energie und Reinigung werden mit der personalkostenbezogenen Sachkostenpauschale abgedeckt; eine gesonderte Abrechnung

[entfällt]

2.6.3 Im Falle von zugekauften Leistungen von Kooperationspartnern des Förderungswerbers können die zugekauften Personalleistungen maximal nach den Vorgaben für Personalkosten gemäß Punkt 1.7.8 zuzüglich einer Gemeinkostenkostenpauschale von 10 % auf diese Personalkosten angerechnet werden.

2.6.4 Soweit sich das Vorhaben auf Bildungsteilnehmer bezieht, die nicht im Agrarsektor (Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von unter Anhang I des Vertrags fallende landwirtschaftliche Erzeugnissen), sondern im Forstsektor tätig sind, wird die Förderung unter Bezugnahme auf Art. 38 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 gewährt.

Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Z 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sind in diesem Fall von der Förderung ausgeschlossen.

2.6.5 Folgende Investitionskosten sind anrechenbar:

dieser Kosten ist nicht zulässig.

- 1. Vom BMLRT anerkannte Software für betriebszweigbezogene oder gesamtbetriebliche Auswertungen von Kennzahlen in den vom BMLRT anerkannten Arbeitskreisen
- 2. EDV-Anwendungen für E-Learning
- 2.6.6 Nicht anrechenbare Kosten:
 - 1. Verpflegung für Teilnehmer/innen (inkl. Pausenverpflegung)

8

1c

1c

- 2. Bauliche Maßnahmen
- 3. Büro- und Medienausstattung, die von einer vergleichbaren Bildungseinrichtung üblicherweise erwartet werden kann
- 4. Dienstleistungs- und Investitionsmaßnahmen, die nicht ausschließlich der Bildung, sondern den üblichen Management- und Verwaltungsaufgaben dienen.
- 2.6.7 Untergrenze für anrechenbare Kosten: 1.000 Euro je Förderungsantrag.
- 2.6.8 Bei Vorliegen von standardisierten Einheitskosten sind diese für die Abrechnung der Kosten heranzuziehen. Im Rahmen von standardisierten Einheitskosten kann eine Mindestteilnehmeranzahl für eine Bildungsveranstaltung festgelegt werden.

4

2.7 Förderungsabwicklung

2.7.2

- 2.7.1 Förderungsanträge von anerkannten Bildungsanbietern können laufend bei der zuständigen Einreichstelle oder Bewilligenden Stelle eingebracht werden. Die Bewilligende Stelle hat den Stichtag bekanntzugeben, zu welchem die bis dahin eingelangten Förderungsanträge zu einem Auswahlverfahren zusammengefasst werden.
 - Die Bewilligende Stelle kann zusätzlich für besonders relevante und vordringliche Themenbereiche im übergeordneten Interesse des BMLRT eigene Aufrufe durchführen.

1

8

- Die Vorhaben werden in diesem Auswahlverfahren anhand eines bundesweit einheitlichen Bewertungsschemas beurteilt und ausgewählt. Um für eine Förderung in Betracht zu kommen,
- 2.7.3 Bildungsvorhaben können nur für die Dauer der Anerkennung als Bildungsanbieter genehmigt werden.

muss zumindest die Mindestpunkteanzahl des Bewertungsschemas erreicht werden.

2.7.4 Die Auswahl der Bildungsanbieter erfolgt zentral auf Bundesebene durch Aufruf des BMNT zur Bewerbung als Bildungsanbieter und anschließender Beurteilung durch eine Fachjury unter Vorsitz des BMLRT. Bei der Auswahl der Bildungsanbieter sind in Anlehnung an das nationale Vergaberecht die in §19 BVergG normierten Grundsätze des freien, fairen und lauteren Wettbewerbs sowie das vergaberechtliche Gleichbehandlungsgebot und das Transparenzgebot anzuwenden. Die Liste mit den anerkannten Bildungsanbietern wird veröffentlicht und den Bewilligenden Stellen zur Verfügung gestellt. Nur anerkannte Bildungsanbieter sind berechtigt, Förderungsanträge zu stellen.

8

2.7.5 Zur strategischen Steuerung der programmrelevanten Wissenstransfer- und Informationsmaßnahmen wird ein LE-Bildungsbeirat unter der Leitung des BMLRT eingerichtet, in welchem die Vorgaben, Ziele und Prioritäten für Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT sowie die bundesweiten Themen festgelegt werden. Neben den Zielen und verpflichtenden Weiterbildungen des Programms LE 14-20 sind hierfür vorhandene Ergebnisse von Evaluierungen und Bedarfsstudien einzubeziehen. Die Ergebnisse des LE-Bildungsbeirats sind von den Bewilligenden Stellen bei der Auswahl der Bildungsvorhaben zu berücksichtigen.

8

2.7.6 Alle auf Landesebene im Rahmen eines Auswahlverfahrens ausgewählten Bildungsvorhaben, die der Umsetzung von Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT sowie von bundesweiten vom BMLRT festgelegten Themen dienen (z. B. Arbeitskreise zur Betriebsleiter/innen-Qualifizierung mit betriebszweigbezogenen oder gesamtbetriebliche Auswertungen und Kennzahlenvergleichen), sind dem BMLRT vor der Bewilligung zur fachlichen Genehmigung zu übermitteln. Alle übrigen Vorhaben sind dem BMLRT bei Aufforderung zur Kenntnis zu bringen.

5

- 2.7.7 Mit der Bewilligung ist in Wien die AMA und in allen anderen Bundesländern der Landeshauptmann betraut.
- 2.7.8 Das BMLRT ist Bewilligende Stelle für bundesländerübergreifende Vorhaben und Vorhaben von bundesweiter Relevanz.

2.7.9 Die Bewilligende Stelle kann für die Durchführung des Auswahlverfahrens auf ein Expertengremium zurückgreifen.

3 Demonstrationsvorhaben und Informationsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft (1.2.1)

[Art. 14 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013]

3.1 Ziele

- Veranschaulichung von neuen Erzeugnissen, Technologien, Verfahren, Prozessen, Anwendungen, Forschungs- und Versuchsergebnissen zur Bewusstseinsbildung und zur Unterstützung einer raschen Verbreitung und erfolgreichen Umsetzung in die Praxis. Dies soll es den Teilnehmer/innen ermöglichen, sich rasch an neue Trends und veränderte Marktund Produktionsbedingungen anzupassen. Weiters soll dadurch die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Wissenschaft, Bildung und Praxis verstärkt werden.
- 2. Bereitstellung von zielgruppengerecht aufbereiteten Informationen für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft im ländlichen Raum. Dadurch sollen die Teilnehmer/innen stets am Laufenden gehalten und so wirksam in der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit unterstützt werden.
- 3. Information der Öffentlichkeit über die Leistungen und Wirkungen der Land-, Ernährungsund Forstwirtschaft durch bewusstseinsbildende Maßnahmen.

3.2 Förderungsgegenstände

- 3.2.1 Erstellung von Bedarfs- und Wirkungsstudien für Demonstrationsvorhaben und Informationsmaßnahmen
- 3.2.2 Investitionen für Demonstrationsvorhaben
- 3.2.3 Methodisch-didaktische Aufbereitung und Veranschaulichung von Demonstrationsvorhaben
- 3.2.4 Organisation, Bewerbung, Durchführung und Nachbereitung von Informationsveranstaltungen
- 3.2.5 Erstellung und Ankauf von Unterlagen oder Hilfsmitteln für den Einsatz bei Informationsmaßnahmen (Print- und digitale Medien)
- 3.2.6 Koordination, Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung und Bewerbung von bewusstseinsbildenden Maßnahmen [Satzteil entfällt] über die Leistungen und Wirkungen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft durch agrarpädagogische Maßnahmen (Schule-am-Bauernhof-Lehrausgänge, Seminarbäuerinneneinsätze)

3.2.7 Entwicklung von Informationsangeboten zur Umsetzung mithilfe elektronischer Medien

3.3 Förderungswerber

- 3.3.1 Sonstige Förderungswerber gemäß Punkt 1.5.2: Eingetragenen Personengesellschaften, juristische Personen und Personenvereinigungen sowie öffentlich-rechtliche Bildungseinrichtungen im eigenen Wirkungsbereich, die Demonstrationsvorhaben und Informationsmaßnahmen anbieten. Anbieter von Informationsmaßnahmen benötigen zusätzlich eine Anerkennung als Bildungsanbieter gemäß Punkt 3.4.3.2.
- 3.3.2 Abweichend von Punkt 1.5.3 können eingetragene Personengesellschaften, juristische Personen oder Personenvereinigungen, an denen Gebietskörperschaften beteiligt sind, uneingeschränkt gefördert werden.

3.4 Förderungsvoraussetzungen

1a

- 3.4.1 Demonstrationsvorhaben
- 3.4.1.1 Bei Demonstrationsvorhaben ist die Beteiligung von wissenschaftlichen Einrichtungen (z. B. Universitäten, Hochschulen, Bundesanstalten, Forschungsinstitutionen) zur Forcierung von innovativen bzw. interdisziplinären Vorhaben erforderlich.
- 3.4.1.2 Mit dem Förderungsantrag sind Unterlagen vorzulegen, aus denen die besonderen Merkmale des Demonstrationsvorhabens hervorgehen. Weiters ist darzulegen, wie der Wissenstransfer in den folgenden drei Jahren nach Fertigstellung des Demonstrationsvorhabens in Verbindung mit Bildungs- und Informationsmaßnahmen wirksam erfolgt. Beinhaltet das Vorhaben auch Investitionen in bauliche oder technische Anlagen, sind die erforderlichen behördlichen Genehmigungen vorzulegen.
- 3.4.1.3 Demonstrationsvorhaben haben vorrangig Themen im übergeordneten Interesse des Bundes zu berücksichtigen. Die Inhalte müssen mindestens einem der Schwerpunktbereiche zuordenbar sein. Bei Demonstrationsvorhaben, die über Bundesvorbehalt finanziert werden, ist die Beteiligung von mindestens drei Bundesländern erforderlich.
- 3.4.2 Die Förderung kommt Bewirtschaftern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe gemäß Punkt 1.5.1 sowie anderen in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen zugute. Künftige Hofübernehmer sind auch dann als Begünstigte förderbar, wenn sie zum Zeitpunkt des Demonstrationsvorhabens nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb tätig sind und ihren ordentlichen Wohnsitz nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb haben.
- 3.4.2.1 Werden zur Vorstellung von Demonstrationsvorhaben Personalkosten verrechnet, ist für diese Personen ein Nachweis über die fachliche und methodisch-didaktische Qualifikation erforderlich.
- 3.4.2.2 Wenn in Netzwerken gemäß Punkt 8.2.14.3.12 oder in Clustern gemäß Punkt 8.2.14.3.11 des Programms LE 14-20 akkordierte Strategien für den entsprechenden Bereich festgelegt wurden, sind Förderungsanträge für Bildungsvorhaben dazu vor der Einreichung nachweislich im oder mit dem Netzwerk bzw. im oder mit dem Cluster abzustimmen.
- 3.4.3 Informationsmaßnahmen
- 3.4.3.1 Förderungswerber für Informationsmaßnahmen können nur Anbieter sein, die als Qualitätsnachweis über ein gültiges Ö-Cert oder ein in der Ö-Cert-Liste angeführtes gültiges Qualitätsmanagementsystem für Erwachsenenbildungsorganisationen verfügen. Ab dem 01.08.2019 muss jedenfalls ein gültiges Ö-Cert vorliegen. Ein gültiges QM-Zertifikat muss für die gesamte Projektlaufzeit vorhanden sein. Läuft das zum Zeitpunkt der Antragstellung vorhandene QM-Zertifikat schon vorher aus, kann die Bewilligende Stelle nur eine bedingte Bewilligung unter der Voraussetzung der rechtzeitigen Vorlage des neuen QM-Zertifikats aussprechen.
- 3.4.3.2 Die Anbieter von Informationsmaßnahmen verfügen über eine Anerkennung des BMLRT als Anbieter von Informationsmaßnahmen in Verbindung mit dem beantragten regionalen Wirkungsbereich und dem bzw. den inhaltlichen Schwerpunktbereichen des Programms LE 14-20.
- 3.4.3.3 Die Inhalte der beantragten Informationsvorhaben müssen mindestens einem der Schwerpunktbereiche, für den der Bildungsanbieter anerkannt wurde, zuordenbar sein.
- 3.4.4 Die Förderung kommt Bewirtschaftern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe gemäß Punkt 1.5.1 sowie anderen in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen zugute. Künftige Hofübernehmer sind auch dann als Begünstigte förderbar, wenn sie zum Zeitpunkt der Informationsmaßnahme nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb tätig sind und ihren ordentlichen Wohnsitz nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb haben.
 - Agrarpädagogische [Wort entfällt] Maßnahmen richten sich primär an die Öffentlichkeit.
- 3.4.4.1 Die Veranstalter verfügen über die erforderlichen personellen Ressourcen in Form von fachlich und methodisch qualifiziertem Personal und die entsprechende räumliche, technische und administrative Ausstattung zur Erfüllung der Aufgaben bzw. können diese bereitstellen.

4

1

8

1

1a

3.4.4.2 Wenn in Netzwerken gemäß Punkt 8.2.14.3.12 oder in Clustern gemäß Punkt 8.2.14.3.11 des Programms LE 14-20 akkordierte Strategien für den entsprechenden Bereich festgelegt wurden, sind Förderungsanträge für Bildungsvorhaben dazu vor der Einreichung nachweislich im oder mit dem Netzwerk bzw. im oder mit dem Cluster abzustimmen.

4

3.5 Auflagen

3.5.1 Bei Vorhaben, die über Bundesvorbehalt (das sind bundesländerübergreifende Vorhaben sowie Vorhaben von bundesweiter Relevanz) finanziert werden, ist begleitend vom Förderungswerber eine Steuerungsgruppe unter Einbindung des BMLRT einzurichten. In Abhängigkeit von der Größe und der Laufzeit des Projekts kann die Bewilligende Stelle von dieser Auflage absehen.

8

3.5.2 Sofern es für Vorhaben fachlich-inhaltliche Vorgaben des BMLRT gibt (z. B. Handbücher für agrarpädagogische [Wort entfällt] Maßnahmen), sind diese einzuhalten.

1a

- 3.5.3 Mit der Endabrechnung ist ein Projektabschlussbericht vorzulegen, der eine Darstellung der genehmigten abgerechneten Leistungen und Kosten, erforderlichen die vorhabensartspezifischen Monitoringdaten sowie eine Evaluierung des Projekts umfasst. Im Evaluierungsteil sind die Evaluierungsergebnisse (z. B. Anzahl der Produkte, Veranstaltungen, Kundennutzen Kundenzufriedenheit), Teilnehmer/innen, Leistungen, bzw. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse mit kritischer Beurteilung (Positives, Negatives) sowie Empfehlungen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung und Weiterentwicklung von Zielen, Prozessen und einzelnen Bildungsvorhaben darzustellen.
- 3.5.4 Wenn für Personen im Rahmen von Demonstrationsvorhaben und Informationsmaßnahmen Personalkosten verrechnet werden, ist die dafür aufgewendete Arbeitszeit und Tätigkeit projektbezogen zu dokumentieren.

Werden Personalkosten für Personen verrechnet, die in mehreren geförderten Projekten mitarbeiten, ist von diesen die gesamte Arbeitszeit projektbezogen zu dokumentieren.

3.6 Art und Ausmaß der Förderung

- 3.6.1 Demonstrationsvorhaben
- 3.6.1.1 Die Förderung für Demonstrationsvorhaben wird als Zuschuss zu den anrechenbaren Personalkosten. Sachkosten und Investitionskosten im Ausmaß von 100 % gewährt.

Infolge von Demonstrationstätigkeiten installierte Infrastruktur darf auch nach Abschluss des Vorhabens genutzt werden.

5

3.6.1.2 Gemeinkosten des Anbieters können <mark>ausschließlich</mark> mit einem Pauschalsatz von 10 % der verrechneten Personalkosten gefördert werden (personalkostenbezogene Sachkostenpauschale).

1c

Investitionen für Büroinfrastruktur und Kosten für Sachaufwand im Bereich Büroinfrastruktur wie EDV, Telefon, Miete, Heizung, Wasser, Energie und Reinigung werden mit der personalkostenbezogenen Sachkostenpauschale abgedeckt; eine gesonderte Abrechnung dieser Kosten ist nicht zulässig.

[entfällt]

- 3.6.1.3 Im Falle von zugekauften Leistungen von Kooperationspartnern des Förderungswerbers können die zugekauften Personalleistungen maximal nach den Vorgaben für Personalkosten gemäß Punkt 1.7.8 zuzüglich einer Gemeinkostenkostenpauschale von 10 % auf diese Personalkosten angerechnet werden.
- 3.6.1.4 Soweit sich das Vorhaben auf Bildungsteilnehmer bezieht, die nicht im Agrarsektor (Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von unter Anhang I des Vertrags fallende landwirtschaftliche Erzeugnissen), sondern im Forstsektor tätig sind, wird die Förderung unter Bezugnahme auf Art. 38 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 gewährt.

Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Z 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sind in diesem Fall von der Förderung ausgeschlossen.

- 3.6.1.5 Nicht anrechenbare Kosten:
 - 1. Verpflegungskosten für Teilnehmer (inkl. Pausenverpflegung)
 - 2. Büro- und Medienausstattung, die von einer vergleichbaren Bildungseinrichtung üblicherweise erwartet werden kann:
 - 3. Dienstleistungsmaßnahmen, die nicht ausschließlich der Information, sondern den üblichen Management- und Verwaltungsaufgaben dienen.
- 3.6.1.6 Untergrenze für anrechenbare Kosten: 5.000 Euro je Förderungsantrag, Obergrenze für anrechenbare Kosten: 50.000 Euro je Förderungsantrag
- 3.6.2 Informationsmaßnahmen
- 3.6.2.1 Die Förderung für Informationsmaßnahmen wird als Zuschuss zu den anrechenbaren Kosten im folgenden Ausmaß gewährt:
 - 1. 100 % ausschließlich für Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT, die über Bundesvorbehalt finanziert werden sowie ausschließlich für Vorhaben zur Durchführung der beiden agrarpädagogischen Maßnahmen "Schule-am-Bauernhof-Lehrausgänge" und "Seminarbäuerinneneinsätze", die als Ländervorhaben umgesetzt werden.

1c

8

- 2. 80 % für die Umsetzung bundesweiter vom BMLRT festgelegter Themen [Satzteil entfällt]
- 3. 50 % für alle sonstigen Informationsmaßnahmen
- 3.6.2.2 Gemeinkosten des Anbieters können ausschließlich mit einem Pauschalsatz von 10 % der verrechneten Personalkosten gefördert werden (personalkostenbezogene Sachkostenpauschale).

1c

Investitionen für Büroinfrastruktur und Kosten für Sachaufwand im Bereich Büroinfrastruktur wie EDV, Telefon, Miete, Heizung, Wasser, Energie und Reinigung werden mit der personalkostenbezogenen Sachkostenpauschale abgedeckt; eine gesonderte Abrechnung dieser Kosten ist nicht zulässig.

[entfällt]

- Im Falle von zugekauften Leistungen von Kooperationspartnern des Förderungswerbers können die zugekauften Personalleistungen maximal nach den Vorgaben für Personalkosten gemäß Punkt 1.7.8 zuzüglich einer Gemeinkostenkostenpauschale von 10 % auf diese Personalkosten angerechnet werden.
- 3.6.2.4 Soweit sich das Vorhaben auf Bildungsteilnehmer bezieht, die nicht im Agrarsektor (Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von unter Anhang I des Vertrags fallende landwirtschaftliche Erzeugnissen), sondern im Forstsektor tätig sind, wird die Förderung unter Bezugnahme auf Art. 38 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 gewährt.

Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Z 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sind in diesem Fall von der Förderung ausgeschlossen.

- 3.6.2.5 Nicht anrechenbare Kosten:
 - 1. Verpflegungskosten für Teilnehmer (inkl. Pausenverpflegung)
 - 2. Investitionen (bauliche Maßnahmen und technische Geräte)
 - 3. Büro- und Medienausstattung, die von einer vergleichbaren Bildungseinrichtung üblicherweise erwartet werden kann;
 - 4. Dienstleistungsmaßnahmen, die nicht ausschließlich der Information, sondern den üblichen Management- und Verwaltungsaufgaben dienen.
- 3.6.2.6 Untergrenze für anrechenbare Kosten: 1.000 Euro je Förderungsantrag

3.6.2.7 Bei Vorliegen von standardisierten Einheitskosten sind diese für die Abrechnung der Kosten heranzuziehen. Im Rahmen von standardisierten Einheitskosten kann eine Mindestteilnehmeranzahl für eine Informationsveranstaltung festgelegt werden.

4

3.7 Förderungsabwicklung

3.7.1 Förderungsanträge können laufend bei der zuständigen Einreichstelle oder Bewilligenden Stelle eingebracht werden. Die Bewilligende Stelle hat den Stichtag bekanntzugeben, zu welchem die bis dahin eingelangten Förderungsanträge zu einem Auswahlverfahren zusammengefasst werden.

Die Bewilligende Stelle kann zusätzlich für besonders relevante und vordringliche Themenbereiche im übergeordneten Interesse des BMLRT eigene Aufrufe durchführen.

8

- 3.7.2 Die Vorhaben werden in diesem Auswahlverfahren anhand eines bundesweit einheitlichen Bewertungsschemas beurteilt und ausgewählt. Um für eine Förderung in Betracht zu kommen, muss zumindest die Mindestpunkteanzahl des Bewertungsschemas erreicht werden.
- 3.7.3 Informationsvorhaben können nur für die Dauer der Anerkennung als Bildungsanbieter genehmigt werden.
- 3.7.4 Die Auswahl der Bildungsanbieter für Informationsmaßnahmen erfolgt zentral auf Bundesebene durch Aufruf des BMLRT zur Bewerbung als Bildungsanbieter und anschließender Beurteilung durch eine Fachjury unter Vorsitz des BMLRT. Nur anerkannte Bildungsanbieter sind berechtigt, Förderungsanträge zu stellen (gilt nicht für Demonstrationsvorhaben). Bei der Auswahl der Bildungsanbieter sind in Anlehnung an das nationale Vergaberecht die in §19 BVergG normierten Grundsätze des freien, fairen und lauteren Wettbewerbs sowie das vergaberechtliche Gleichbehandlungsgebot und das Transparenzgebot anzuwenden. Die Liste mit den anerkannten Bildungsanbietern für Informationsmaßnahmen wird veröffentlicht und den Bewilligenden Stellen zur Verfügung gestellt.
- 3.7.5 Für die Genehmigung von Förderungsanträgen für Demonstrationsvorhaben auf Landesebene ist das Einvernehmen mit dem BMLRT herzustellen.

8

8

3.7.6 Zur strategischen Steuerung der programmrelevanten Wissenstransfer- und Informationsmaßnahmen wird ein LE-Bildungsbeirat unter der Leitung des BMLRT eingerichtet, in welchem die Vorgaben, Ziele und Prioritäten für Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT sowie die bundesweiten Themen festgelegt werden. Neben den Zielen des Programms LE 14-20 sind hierfür die Ergebnisse von vorhandenen Evaluierungen und Bedarfserhebungen einzubeziehen. Die Ergebnisse des LE-Bildungsbeirats sind von den Bewilligenden Stellen bei der Auswahl der Bildungsvorhaben zu berücksichtigen.

8

3.7.7 Alle auf Landesebene im Rahmen eines Auswahlverfahrens ausgewählten Informationsmaßnahmen, die der Umsetzung von Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT sowie von bundesweiten vom BMLRT festgelegten Themen dienen, sind dem BMLRT vor der Bewilligung zur fachlichen Genehmigung zu übermitteln. Alle übrigen Vorhaben sind dem BMLRT bei Aufforderung zur Kenntnis zu bringen. Mit der Bewilligung ist in Wien die AMA und in allen anderen Bundesländern der Landeshauptmann betraut.

5

8

3.7.8 Das BMLRT ist Bewilligende Stelle für bundesländerübergreifende Vorhaben und Vorhaben von bundesweiter Relevanz.

8

3.7.9 Die Bewilligende Stelle kann für die Durchführung des Auswahlverfahrens auf ein Expertengremium zurückgreifen.

4 Austauschprogramme und Betriebsbesichtigungen (Exkursionen) für die Land- und Forstwirtschaft (1.3.1)

[Art. 14 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013]

4.1 Ziele

- 1. Information und Vermittlung von Aufenthalten auf anderen Betrieben zur Erweiterung des Horizonts, der praktischen Erfahrungen und Kompetenzen
- Vorstellung erfolgreicher Beispiele zur Umsetzung von neuen Erkenntnissen in der Praxis und fachlicher Austausch zum Eröffnen neuer Perspektiven durch Betriebsbesichtigungen bzw. Exkursionen

4.2 Förderungsgegenstände

- 4.2.1 Betrieb einer bundesweiten Kontaktstelle zur Information, Bewerbung und Vermittlung von Austauschbetrieben; dies umfasst auch die Erstellung eines nach Ländern und Produktionssparten gegliederten webbasierten Verzeichnisses von Austauschbetrieben, die Bereitstellung von Informationsunterlagen (z. B. Anreise, Versicherung), die Abhaltung von Seminaren zur Vorbereitung der Teilnehmer/innen und die Kooperation mit nationalen Einrichtungen und internationalen Partnernetzwerken.
- 4.2.2 Unterstützung der Reisekosten der Teilnehmer an Austauschprogrammen
- 4.2.3 Erstellung von Bedarfs- und Wirkungsstudien für Austauschprogramme und Betriebsbesichtigungen (Exkursionen)
- 4.2.4 Erstellung und Ankauf von Unterlagen oder Hilfsmitteln für den Einsatz bei Austauschprogrammen und Betriebsbesichtigungen (Exkursionen)
- 4.2.5 Organisation, Bewerbung, Durchführung und Nachbereitung von Betriebsbesichtigungen (Exkursionen)

4.3 Förderungswerber

- 4.3.1 Sonstige Förderungswerber gemäß Punkt 1.5.2: Eingetragene Personengesellschaften, juristische Personen und Personenvereinigungen sowie öffentlich rechtliche Bildungseinrichtungen im eigenen Wirkungsbereich, die Austauschprogramme und Betriebsbesichtigungen (Exkursionen) anbieten und als Bildungsanbieter durch das BMLRT gemäß Punkt 4.4.3.1 bzw. 4.4.4.1 anerkannt sind.
- 4.3.2 Abweichend von Punkt 1.5.3 können eingetragene Personengesellschaften, juristische Personen oder Personenvereinigungen, an denen Gebietskörperschaften beteiligt sind, uneingeschränkt gefördert werden.

4.4 Förderungsvoraussetzungen

Förderungswerber können nur Anbieter von Austauschprogrammen und Betriebsbesichtigungen (Exkursionen) sein, die als Qualitätsnachweis über ein gültiges Ö-Cert oder ein in der Ö-Cert-Liste angeführtes gültiges Qualitätsmanagementsystem für Erwachsenenbildungsorganisationen verfügen. Ab dem 01.08.2019 muss jedenfalls ein gültiges Ö-Cert vorliegen. Ein gültiges QM-Zertifikat muss für die gesamte Projektlaufzeit vorhanden sein. Läuft das zum Zeitpunkt der Antragstellung vorhandene QM-Zertifikat schon vorher aus, kann die Bewilligende Stelle nur eine bedingte Bewilligung unter der Voraussetzung der rechtzeitigen Vorlage des neuen QM-Zertifikats aussprechen.

8

- 4.4.2 Wenn in Netzwerken gemäß Punkt 8.2.14.3.12 oder in Clustern gemäß Punkt 8.2.14.3.11 des Programms LE 14-20 akkordierte Strategien für den entsprechenden Bereich festgelegt wurden, sind Förderungsanträge für Bildungsvorhaben dazu vor der Einreichung nachweislich im oder mit dem Netzwerk bzw. im oder mit dem Cluster abzustimmen.
- 4

- 4.4.3 Austauschprogramme
- 4.4.3.1 Der Anbieter für Austauschprogramme verfügt über die Anerkennung des BMLRT als Bildungsanbieter für Austauschprogramme.
- 8
- 4.4.3.2 Die Veranstalter verfügen über die erforderlichen personellen Ressourcen in Form von fachlich und methodisch qualifiziertem Personal und die entsprechende räumliche, technische und administrative Ausstattung zur Erfüllung der Aufgaben bzw. können diese bereitstellen.
- 4.4.3.3 Für die Teilnahme an Austauschprogrammen berechtigt sind nur Personen mit abgeschlossener land- oder forstwirtschaftlicher Berufsausbildung (mindestens Facharbeiterin bzw. Facharbeiter), die aktiv auf einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb tätig sind. Der Aufenthalt auf anderen Betrieben kann nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten absolviert werden und muss eine Mindestdauer von einen Monat aufweisen.
- 4.4.3.4 Für den Erhalt der Reisekostenpauschale sind von den Teilnehmern folgende Bedingungen einzuhalten:
 - 1. Meldung des geplanten Austauschaufenthalts der Kontaktstelle vor Antritt
 - 2. Vorlage einer Bestätigung des Aufenthalts durch den Austauschbetrieb
 - Vorlage eines Berichts über Erkenntnisse und Konsequenzen des Aufenthalts auf Austauschbetrieben für den eigenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb
- 4.4.4 Betriebsbesichtigungen (Exkursionen)
- 4.4.4.1 Die Anbieter für Betriebsbesichtigungen verfügen über die Anerkennung des BMLRT als Bildungsanbieter für Betriebsbesichtigungen (Exkursionen) und den beantragten regionalen Wirkungsbereich und den bzw. die inhaltlichen Schwerpunktbereiche des Programms.

8

4.4.4.2 Die Förderung kommt Bewirtschaftern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe gemäß Punkt 1.5.1 sowie anderen in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen zugute. Künftige Hofübernehmer sind auch dann als Begünstigte förderbar, wenn sie zum Zeitpunkt der Teilnahme an der Betriebsbesichtigung nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb tätig sind und ihren ordentlichen Wohnsitz nicht am land- und forstwirtschaftlichen Betrieb haben.

4.5 Auflagen

4.5.1 Bei Vorhaben, die über Bundesvorbehalt (das sind bundesländerübergreifende Vorhaben sowie Vorhaben von bundesweiter Relevanz) finanziert werden, ist begleitend vom Förderungswerber eine Steuerungsgruppe unter Einbindung des BMLRT einzurichten. In Abhängigkeit von der Größe und der Laufzeit des Projekts kann die Bewilligende Stelle von dieser Auflage absehen.

- 4.5.2 Mit der Endabrechnung ist ein Projektabschlussbericht vorzulegen, der eine Darstellung der genehmigten und abgerechneten Leistungen und Kosten, die erforderlichen vorhabensartspezifischen Monitoringdaten sowie eine Evaluierung des Projekts umfasst. Im Evaluierungsteil sind die Evaluierungsergebnisse (z. B. Anzahl der Produkte, Exkursionen, Veranstaltungen, Teilnehmer/innen, Leistungen, Kundennutzen bzw. Kundenzufriedenheit), eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse mit kritischer Beurteilung (Positives, Negatives) sowie Empfehlungen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung und Weiterentwicklung von Zielen, Prozessen und einzelnen Leistungen darzustellen.
- 4.5.3 Wenn für Personen im Rahmen der Vorhaben für Austauschprogramme und Betriebsbesichtigungen (Exkursionen) Personalkosten verrechnet werden, ist die dafür aufgewendete Arbeitszeit und Tätigkeit projektbezogen zu dokumentieren.

Werden Personalkosten für Personen verrechnet, die in mehreren geförderten Projekten mitarbeiten, ist von diesen die gesamte Arbeitszeit projektbezogen zu dokumentieren.

4.6 Art und Ausmaß der Förderung

- 4.6.1 Austauschprogramme
- 4.6.1.1 Die Förderung wird als Zuschuss zu den anrechenbaren Personal- und Sachkosten im Ausmaß von 100 % gewährt.
- 4.6.1.2 Gemeinkosten können ausschließlich mit einem Pauschalsatz von 10 % der verrechneten Personalkosten gefördert werden (personalkostenbezogene Sachkostenpauschale).

Investitionen für Büroinfrastruktur und Kosten für Sachaufwand im Bereich Büroinfrastruktur wie EDV, Telefon, Miete, Heizung, Wasser, Energie und Reinigung werden mit der personalkostenbezogenen Sachkostenpauschale abgedeckt; eine gesonderte Abrechnung dieser Kosten ist nicht zulässig.

[entfällt]

- 4.6.1.3 Die Reisekosten werden pauschal mit 500 Euro pro Teilnehmer/in gefördert. Die Förderung ist nachweislich an die Teilnehmer/innen weiterzureichen.
- 4.6.1.4 Untergrenze für anrechenbare Kosten: 5.000 Euro je Förderungsantrag
- 4.6.2 Betriebsbesichtigungen (Exkursionen)
- 4.6.3 Die Förderung wird als Zuschuss zu den anrechenbaren Personal- und Sachkosten im Ausmaß von 50 % gewährt.
- 4.6.3.1 Gemeinkosten können mit einem Pauschalsatz von 10 % der verrechneten Personalkosten gefördert werden (personalkostenbezogene Sachkostenpauschale).

Investitionen für Büroinfrastruktur und Kosten für Sachaufwand im Bereich Büroinfrastruktur wie EDV, Telefon, Miete, Heizung, Wasser, Energie und Reinigung werden mit der personalkostenbezogenen Sachkostenpauschale abgedeckt; eine gesonderte Abrechnung dieser Kosten ist nicht zulässig.

Bei Abrechnung nach tatsächlichen Kosten ist die Vorlage sämtlicher Rechnungs- und Zahlungsbelege erforderlich.

- 4.6.3.2 Im Falle von zugekauften Leistungen von Kooperationspartnern des Förderungswerbers können die zugekauften Personalleistungen maximal nach den Vorgaben für Personalkosten gemäß Punkt 1.7.8 zuzüglich einer Gemeinkostenkostenpauschale von 10 % auf diese Personalkosten angerechnet werden.
- 4.6.3.3 Untergrenze für anrechenbare Kosten: 1.000 Euro je Förderungsantrag.
- 4.6.3.4 Bei Vorliegen von standardisierten Einheitskosten sind diese für die Abrechnung der Kosten heranzuziehen.

4.6.4 Nicht anrechenbare Kosten:

- 1. Verpflegungskosten für Teilnehmer/innen (inkl. Pausenverpflegung)
- Bauliche Maßnahmen
- Büro- und Medienausstattung, die von einer vergleichbaren Bildungseinrichtung üblicherweise erwartet werden kann
- 4. Dienstleistungs- und Investitionsmaßnahmen, die nicht ausschließlich der Bildung, sondern den üblichen Management- und Verwaltungsaufgaben dienen
- 4.6.5 Soweit sich das Vorhaben auf Bildungsteilnehmer bezieht, die nicht im Agrarsektor (Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von unter Anhang I des Vertrags fallende landwirtschaftliche

1c

8

8

8

5

Sonderrichtlinie der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus zur Umsetzung von Projektmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für ländliche Entwicklung 2014-2020 "Sonderrichtlinie LE-Projektförderungen"

Erzeugnissen), sondern im Forstsektor tätig sind, wird die Förderung unter Bezugnahme auf Art. 38 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 gewährt.

Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Z 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sind in diesem Fall von der Förderung ausgeschlossen.

4.7 Förderungsabwicklung

- 4.7.1 Förderungsanträge von anerkannten Bildungsanbietern können laufend bei der zuständigen Einreichstelle oder Bewilligenden Stelle eingebracht werden. Die Bewilligende Stelle hat den Stichtag bekanntzugeben, zu welchem die bis dahin eingelangten Förderungsanträge zu einem Auswahlverfahren zusammengefasst werden.
- 4.7.2 Förderungsanträge für Austauschprogramme können nur bei der Bewilligenden Stelle im BMLRT eingereicht werden.
- 4.7.3 Die Vorhaben werden in diesem Auswahlverfahren anhand eines bundesweit einheitlichen Bewertungsschemas beurteilt und ausgewählt. Um für eine Förderung in Betracht zu kommen, muss zumindest die Mindestpunkteanzahl des Bewertungsschemas erreicht werden.
- 4.7.4 Bildungsvorhaben können nur für die Dauer der Anerkennung als Bildungsanbieter genehmigt werden.
- Die Auswahl der Bildungsanbieter erfolgt zentral auf Bundesebene durch Aufruf des BMLRT zur Bewerbung als Bildungsanbieter und anschließender Beurteilung durch eine Fachjury unter Vorsitz des BMLRT. Bei der Auswahl der Bildungsanbieter sind in Anlehnung an das nationale Vergaberecht die in §19 BVergG normierten Grundsätze des freien, fairen und lauteren Wettbewerbs sowie das vergaberechtliche Gleichbehandlungsgebot und das Transparenzgebot anzuwenden. Die Liste mit den anerkannten Bildungsanbietern wird veröffentlicht und den Bewilligenden Stellen zur Verfügung gestellt. Nur anerkannte Bildungsanbieter sind berechtigt, Förderungsanträge zu stellen. Für die Unterstützung von Austauschprogrammen wird nur eine bundesweite Kontaktstelle anerkannt bzw. eingerichtet.
- 4.7.6 Zur strategischen Steuerung der programmrelevanten Wissenstransfer- und Informationsmaßnahmen wird ein LE-Bildungsbeirat unter der Leitung des BMLRT eingerichtet, in welchem die Vorgaben, Ziele und Prioritäten für Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT sowie die bundesweiten Themen festgelegt werden. Neben den Zielen des Programms LE 14-20 sind hierfür die Ergebnisse von vorhandenen Evaluierungen und Bedarfsstudien einzubeziehen. Die Ergebnisse des LE-Bildungsbeirats sind von den Bewilligenden Stellen bei der Auswahl der Bildungsvorhaben zu berücksichtigen.
- 4.7.7 Alle auf Landesebene im Rahmen eines Auswahlverfahrens ausgewählten Betriebsbesichtigungen (Exkursionen), die der Umsetzung von Vorhaben im übergeordneten Interesse des BMLRT sowie von bundesweiten vom BMLRT festgelegten Themen dienen, sind dem BMLRT vor der Bewilligung zur fachlichen Genehmigung zu übermitteln. Alle übrigen Vorhaben sind dem BMLRT bei Aufforderung zur Kenntnis zu bringen.
- 4.7.8 Mit der Bewilligung ist in Wien die AMA und in allen anderen Bundesländern der Landeshauptmann betraut.
- 4.7.9 Das BMLRT ist Bewilligende Stelle für bundesländerübergreifende Vorhaben und für Vorhaben von bundesweiter Relevanz.
- 4.7.10 Die Bewilligende Stelle kann für die Durchführung des Auswahlverfahrens auf ein Expertengremium zurückgreifen.